

**Stadtverordnetenversammlung
Brandenburg an der Havel**

(Eingangsstempel)

DIE LINKE -Gartenfreunde-FW , CDU

Fraktion/Stadtverordnete

(zehn vom Hundert der Stadtverordneten)

Beschlussantrag

an die Stadtverordnetenversammlung

zur Behandlung in öffentlicher
Sitzung

nichtöffentlicher
Sitzung

Beschlussgegenstand: Maßnahmepaket Flüchtlinge

Beratungsfolge:

<input type="checkbox"/>	_____	Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport	<input type="checkbox"/>	_____	Rechnungsprüfungsausschuss
<input checked="" type="checkbox"/>	<u>9.4.15</u>	Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Seniorenfragen	<input type="checkbox"/>	_____	Jugendhilfeausschuss
<input type="checkbox"/>	_____	Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, kommunale Beteiligungen und Vergaben	<input type="checkbox"/>	_____	Werksausschuss
<input checked="" type="checkbox"/>	<u>8.4.15</u>	Ausschuss für Umwelt, Recht, Ordnung und Petitionen			
<input type="checkbox"/>	_____	Ausschuss für Stadtentwicklung			
<input checked="" type="checkbox"/>	<u>14.4.15</u>	Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften			
<input checked="" type="checkbox"/>	<u>20.4.15</u>	Hauptausschuss			
<input checked="" type="checkbox"/>	<u>29.4.15</u>	Stadtverordnetenversammlung			

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt nachfolgendes Maßnahmepaket zur besseren Integration von Asylbewerbern/ Flüchtlingen in der Stadt Brandenburg an der Havel.

.....
René Kretschmar
Fraktionsvorsitzender

.....
Jean Schaffer
Fraktionsvorsitzender

Begründung - siehe Rückseite -

Maßnahmen zur besseren Integration von Asylbewerbern / Flüchtlingen in unserer Stadt

1. Verbesserung des Personalschlüssels für die Betreuung von Flüchtlingen

Als ersten Schritt wollen wir für die Betreuung von „Wohnungen im Verbund“ mit Schwerpunkt im Stadtteil Hohenstücken die Finanzierung so aufstocken, dass ein Personalschlüssel von 1:80 erreicht wird.

Bedarf: 0,5 Personalstellen als Ergänzungsfinanzierung (25.000 Euro jährlich)

Die Differenz zum Schlüssel des Landes beträgt rechnerisch ein Drittel. Wegen des höheren Aufwands zu Beginn (geringere Zahl von zu Betreuenden) wird mit 0,5 Stellen kalkuliert. Für das kommende Jahr ist ein verbesserter Personalschlüssel vom Land in Aussicht gestellt. Damit wird sich der kommunale Anteil weiter reduzieren.

2. Schaffung und Finanzierung einer ehrenamtlichen Stelle mit Aufwandsentschädigung zur Koordinierung des ehrenamtlichen Engagements.

Bedarf: Personal, Aufwandsentschädigung und Sachkosten (20.000 Euro jährlich)

3. Integrationsbegleitung und Umzugsmanagement

Bedarf: 1 Personalstelle (45.000 Euro) über das Programm Soziale Stadt

4. Ausbau von Kitas und Schulen, um die Integration von Flüchtlingskindern zu ermöglichen

Bedarf: 100.000 Euro in 2015 und 180.000 Euro in 2016

5. Investitionen in die Schaffung neuer Gemeinschaftseinrichtungen und Wohnungen

Bedarf: 80.000 Euro in 2015 (investiv)

6. Einrichtung eines Projektfonds für zivilgesellschaftliche Projekte, welche die Integration fördern

Die Entscheidung über Anträge zu Projekten trifft der Migrationsbeirat.

Bedarf: 5.000 Euro

Zusammenfassung Finanzbedarf (2015)

- 1) Personalschlüssel Betreuung: 25.000 Euro
- 2) Koordinierungsstelle: 20.000 Euro
- 3) Integrationsbegleitung und Umzugsmanagement 45.000 Euro
- 4) Kita und Schule 100.000 Euro
- 5) Investitionen Unterbringung 80.000 Euro
- 6) Projekte 5.000 Euro

Deckung

- 7) FAG-Mittel: 230.000 Euro (Maßnahmen 1, 2, 4, 5, 6)
- 8) Soziale Stadt: 45.000 Euro, davon in 2015 nur Teilbetrag (Maßnahme 3)

Begründung:

Über eine Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) des Landes Brandenburg werden der Stadt neben den bisherigen Finanzmitteln in 2015 und 2016 jeweils voraussichtlich etwa 300.000 Euro zur Verfügung stehen (Gesetzentwurf Landtags-Drucksache 6/774). Diese Mittel sind zweckgebunden und es ist gegenüber dem Land nachzuweisen, dass sie für die Belange der Flüchtlinge ausgegeben werden.

Auch wenn die Gesamtfinanzierung der Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern und Flüchtlingen von Bund und Land noch immer nicht auskömmlich ist, sehen wir durch diese Mittel Möglichkeiten für eine deutliche Verbesserung der Integrationsbedingungen in unserer Stadt.

Begründung für die einzelnen Maßnahmen:

Zu 1. Für die sozialarbeiterische Betreuung (Personal) stehen gegenwärtig Mittel des Landes nach einem Personalschlüssel von 1:120 zur Verfügung (1 Sozialarbeiter für 120 Flüchtlinge). Dies ist bei weitem nicht ausreichend. Unser Ziel ist ein Schlüssel von 1:80.

In Hohenstücken werden zurzeit 44 Plätze in „Wohnungen im Verbund“ vorgehalten bzw. hergerichtet. In anderen Stadtteilen kommen derzeit etwa 12 Plätze hinzu.

Bei dieser Unterbringungsform schließen die Flüchtlinge noch keinen eigenständigen Mietvertrag ab und werden unter der Regie des Heimbetreibers begleitet und betreut.

Für die Integration von Flüchtlingen bieten Wohnungsunterbringungen deutliche Vorteile gegenüber Gemeinschaftseinrichtungen. Die Betreuung ist aber erheblich personalintensiver. Ein realistisches Ziel für 2015 ist die Unterbringung von 80 Flüchtlingen in dieser Unterbringungsform. In Hohenstücken werden davon voraussichtlich 60 Plätze geschaffen werden. Das heißt, bei der Unterbringung in „Wohnungen im Verbund“ realisiert die Stadt einen Personalschlüssel von 1:80.

Zu 2. Willkommenskultur und Koordinierung des ehrenamtlichen Engagements in unserer Stadt
Auch in unserer Stadt haben sich viele Menschen bereitgefunden, Unterstützung zu leisten und Solidarität zu zeigen. Das reicht von Geld- und Sachspenden über Hilfe beim Dolmetschen/Spracherwerb bis zur Hausaufgabenhilfe u.v.m. Dieses Engagement ist wertvoll und

darf nicht ungenutzt bleiben. Die Koordinierung und der sinnvolle Einsatz ehrenamtlicher Aktivitäten kann – gerade in der gegenwärtigen Situation – nicht vom Personal des Übergangwohnheimes geleistet werden. Wir schlagen vor, hierfür eine Personal- und Sachkostenfinanzierung bereit zu stellen.

Zu 3. Eine gelingende Integration von Menschen, die längere Zeit in unserer Stadt bleiben werden, ist in jeder Hinsicht vorteilhaft. Stichworte sind die Vermeidung von Konflikten und die Nutzung der Fähigkeiten der Menschen, die bei uns Schutz suchen.

Mit einem Umzugsmanagement sollen Migrantinnen und Migranten zielgerichteter auf ein eigenständiges Wohnen vorbereitet werden (intensive Beratung / Training; Suche nach Wohnungen; Kontakt zu Vermietern und Nachbarn).

Zu 4. Integration kann gar nicht früh genug beginnen. Deshalb ist es wichtig, die Kitas und Schulen bei der Aufnahme von Kindern anderer Kulturkreise zu unterstützen. Zu diesem Zweck sollen die Personal- und Sachmittelausstattung der Schulen und Kitas verbessert werden. Dafür sind zusätzlich Finanzmittel notwendig.

Zu 5. Das vorrangige Ziel in unserer Stadt ist es, durch die Unterbringung in Wohnungen zu einer gelingenden Integration beizutragen. Denn eine dauerhafte Unterbringung in Heimen ist mit einem selbstbestimmten und auf soziale Teilhabe ausgerichteten Leben kaum in Einklang zu bringen. Um dies in Zukunft noch besser sicherzustellen, müssen weitere Investitionen in Wohnungen stattfinden. Die Investitionen werden über die Investitionspauschale des Landes (2.300 Euro pro Platz) sowie über die jährliche Betreuungspauschale finanziert. Da dies wahrscheinlich nicht ausreicht, werden ergänzend Mittel aus dem FAG eingesetzt.

Zu 6. Für Projekte von zivilgesellschaftlichen Akteuren (z. B. Sportvereine, Feuerwehren, Flüchtlingsinitiativen) wird ein Aktionsfonds bereitgestellt. Daraus erfolgt die Förderung einzelner Projekte im Umfang von bis zu 500 Euro je Projekt, für zunächst 10 Projekte. Wünschenswert wäre ebenfalls eine Kombination mit Projekten für Menschen mit Behinderungen.